

141. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 5. April 2017

Top 9: Duales System der Krankenversicherung erhalten – der Wettbewerb zwischen Privater und Gesetzlicher Krankenversicherung fördert medizinische Innovationen und sichert Arbeitsplätze in NRW

Antrag

Der Fraktion der FDP

Drucksache 16/14505

Entschließungsantrag

Der Fraktion der SPD

Der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/14766

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin für die antragsstellende FDP-Fraktion Frau Kollegin Schneider das Wort.
Bitteschön!

Susanne Schneider: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, unser Gesundheitssystem ist eines der besten, wenn nicht sogar das beste der Welt. Ich noch nie erlebt, dass ich eine Postkarte aus dem Urlaub bekam, in der zu lesen war: „Liege in Spanien im Krankenhaus, Bein gebrochen. Alles total klasse hier. Bitte auf keinen Fall nach Hause holen!“ Nein, das Gegenteil ist der Fall: Jeder und jede möchte zurück nach Deutschland, in eines unserer Krankenhäuser.

Wenn sich aber Wahlen nähern, dann kommt von Roten, Dunkelroten und Grünen immer wieder die gleiche alte Klamotte, die so genannte Bürgerversicherung. So hat letzten Freitag die Berliner Linksregierung im Bundesrat einen entsprechenden Antrag eingebracht. Auch auf

vielen Podiumsdiskussionen zur Gesundheitspolitik höre ich von dieser Bürgerversicherung. Doch wenn dann konkrete Nachfragen kommen, wie denn eine solche Umstellung funktionieren soll, dann ist die Standardantwort: Ein genaues Konzept gibt es noch nicht, aber mit den zusätzlichen Einnahmen wollen wir Brillen wieder bezuschussen - Selbst in Ihrem sechsseitigen Entschließungsantrag von heute, werte Kollegen von Rot-Grün, finden sich keine weiteren Hinweise.

Sieht so seriöse Politik aus?

Auch der angesprochene Bundesratsantrag bleibt da vage und nennt nur drei Punkte: Beamte sollen sich in der GKV versichern können, Selbstständige sollen bei den Mindestbeiträgen in der GKV entlastet werden – was übrigens gerade von der schwarz-roten Bundesregierung abgelehnt wurde – und die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung. Sie wollen also Arbeit mehr belasten und riskieren so Beschäftigung. Und Sie verkennen dabei, dass Arbeitnehmer mit ihrer Arbeitsleistung den gesamten Bruttolohn einschließlich Lohnnebenkosten erwirtschaften müssen. Das soll dann ein erster Schritt zur Bürgerversicherung sein? – Die darauf folgenden werden lieber verschwiegen.

(Beifall von der FDP)

Dabei gibt es gute Gründe für den Erhalt des dualen Systems der Krankenversicherung in Deutschland mit gesetzlichen Krankenkassen und privaten Versicherungsunternehmen.

(Michele Marsching (Piraten): Es gibt aber auch gute Gründe dagegen!)

Die Bürgerinnen und Bürger können auf eine qualitativ hochwertige Versorgung mit Gesundheitsleistungen vertrauen. Die Private Krankenversicherung ist dabei ein Motor für Innovationen. Sie nimmt eine Vorreiterrolle bei der Kostenübernahme ein – als Beispiel sei die Positronen-Emissions-Tomographie genannt, kurz PET-CT. Nur aufgrund des Wettbewerbs im System muss sich auch die gesetzliche Krankenkasse frühzeitig mit der Aufnahme von Innovationen in die Regelversorgung beschäftigen.

Schauen wir hingegen in andere europäische Staaten, nach Großbritannien oder in die nordischen Länder: Dort sind staatliche Gesundheitssysteme mit langen Wartezeiten für fast alle Patienten und mit teilweise hohen Zuzahlungen, Rationierungen sowie Einschränkungen der freien Arztwahl verbunden. Dadurch wird aber eine Zweiklassenmedizin befördert; denn nur einige wenige Menschen können sich diese exklusive Behandlungen außerhalb dieses Einheitssystems leisten. Hingegen würden zum Beispiel viele Beamte statt günstiger Tarife in der PKV für höhere GKV-Beiträge weniger Leistungen erhalten.

Die Fans der Bürgerversicherung vergessen außerdem die Beschäftigten in der Versicherungswirtschaft, und auch in Arztpraxen. Bei Opel und Tengelmann wurde um jeden Arbeitsplatz gekämpft, aber um die herausgehobene Bedeutung der Privaten Krankenversicherung für den Standort NRW kümmern Sie sich nicht.

(Beifall von der FDP)

Sie spielen mit Tausenden von Arbeitsplätzen in Dortmund, Köln, Münster und Wuppertal.

(Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Aber die sind doch nicht weg!)

Auch über die Landesgrenze, aus Koblenz betrachtet man Ihre Forderungen mit großer Sorge. Die Betriebsräte zahlreicher PKV-Unternehmen haben deshalb aufgrund berechtigter Sorge die Betriebsratsinitiative „Bürgerversicherung? Nein danke!“ ins Leben gerufen.

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren, vor allem von Rot-Grün! Ich lade Sie alle einmal ein, den folgenden Gedanken zu meditieren, wenn Sie mögen: Treten Sie mit der FDP-Landtagsfraktion für Arbeitsplätze, für medizinische Innovationen und eine gute Versorgung der Menschen ein und gegen eine Bürgerversicherung!

Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Frau Kollegin Schneider – Für die SPD –
Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Yüksel das Wort.